

Kölleda beschließt Einführung einmaliger Straßenausbaubeiträge

- In der Karl-Marx-Straße sind die Schäden augenfällig. Für 2013 ist eine Komplett-Sanierung vorgesehen. Dafür würden auch Beiträge anfallen. Foto: Peter Hansen

Am Ende ging es ganz schnell. Nach jahrelangem Streit über die Grundsatzfrage, ob die Stadt die Straßenausbaubeiträge in einmaligen oder wiederkehrenden Beiträgen erheben soll (TA berichtete), hat der Stadtrat am Mittwochabend mit zehn zu acht Stimmen für die Erhebung einmaliger Straßenausbaubeiträge votiert. Eine Gebührensatzung soll es nun bereits in diesem Jahr geben.

Kölleda. In der namentlichen Abstimmung, für die der Fraktionszwang aufgehoben war, ging die Front zwischen Befürwortern und Ablehnern der einmaligen Beiträge quer durch die Stadtratsfraktionen. Von den acht anwesenden Stadträten der CDU-Fraktion stimmten sechs für und zwei gegen einmalige Beiträge. Zwei der drei Stadträte der Linkspartei votierten überraschend für einmalige Beiträge, ebenso ein Stadtrat der Bürgerinitiative Kölleda (BIK). Beide anwesende Stadträte der SPD verweigerten der Einführung von einmaligen Beiträgen ihre Zustimmung, ebenso der einzige anwesende Stadtrat der FDP.

Bürgermeister Udo Hoffman (Freie Wähler) sprach vor der Abstimmung im Stadtrat von einem "leidigen Thema, das wir seit Jahren vor uns herschleppen". Er hatte bereits kurz nach seinem Amtsantritt im Juli angekündigt, eine schnelle Entscheidung zum Thema Straßenausbaubeiträge im Stadtrat erreichen zu wollen und sich dabei eindeutig als Unterstützer von einmaligen Beiträgen positioniert.

Seiner Auffassung nach seien einmalige Ausbaubeiträge gerechter, weil ausschließlich Grundbesitzer belastet würden, die auch unmittelbar von den ausgebauten Straßen profitieren würden. Auch sei der Verwaltungsaufwand für die Berechnung der Beiträge sehr viel niedriger als bei wiederkehrenden. Die Stadt Kölleda sei beim Straßenausbau für insgesamt rund 1,7 Millionen Euro in Vorleistung gegangen Geld, das sie zurückfordern müsste, auch vor dem Hintergrund einer Schuldenlast von rund sechs Millionen Euro.

Bereits seit 2005 hatte der Kölledaer Stadtrat - damals noch unter dem alten Bürgermeister Frank Zweimann (CDU) - über das Thema Straßenausbaubeiträge debattiert, ohne allerdings zu einem Ergebnis zu kommen. Bereits mehrere Male war über die Einführung einmaliger Ausbaubeiträge abgestimmt worden, ohne dass sich im Stadtrat eine Mehrheit dafür gefunden hätte. In der Stadtratssitzung am 13. September stand die neue Satzung mit einmaligen Ausbaubeiträgen bereits auf der Tagesordnung. Die Abstimmung wurde aufgrund von Unklarheiten aber nochmals auf den gestrigen Termin vertagt.

Eine im April 2011 in Kraft getretene Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes hatte alle Kommunen verpflichtet, Satzungen zu Straßenausbaubeiträgen bis April dieses Jahres zu verabschieden. Ein bisher in einigen Gemeinden praktizierter Verzicht auf Ausbaubeiträge ist seit der Änderung nahezu unmöglich.

Die ersten Kölledaer, die aufgrund der neuen Satzung nun Ausbaubeiträge zahlen müssen, könnten die Anwohner der erst im vergangenen Jahr erneuerten Johann-Sebastian-Bach-Straße sein.